8. II. 21

153/1

Handwritten notes:
Anhang
Hof
Ne...

Die Souveränität des Fürsten von Liechtenstein.

Guillaume Frisover

Handwritten notes:
die...
...

I.

Die Souveränität des Fürsten beruht auf der Souveränität des liechtensteinischen Staates.

Dass Liechtenstein diejenigen Elemente eines Staates vereinigt, die mit überwiegenden Gründen als die wesentlichen angesehen werden, lässt sich nicht bezweifeln. Es besitzt ein eigenes Staatsgebiet, dessen Absonderung von dem österreichischen Gebiet jüngst in dem Verträge von St. Germain Art. 27 durch die Bestimmung der österreichischen Grenze gegenüber Liechtenstein betont worden ist, es besitzt ein Staatsvolk und dasjenige, was man ursprüngliche Herrschermacht genannt hat. Die liechtensteinische Staatsgewalt leitet sich nicht von einer anderen ab, beruht nicht, wie die Gewalt irgend eines mit Selbstverwaltung ausgestatteten, in dem häufigen Sinne des Wortes autonomen Verbandes, auf dem Rechte eines anderen Staates, etwa auf österreichischem Recht, die österreichische Verfassung hat sich niemals auf die Ordnung des liechtensteinischen Staates bezogen.

Wohl aber ist anscheinend Zweifel in der Richtung erhoben worden, ob Liechtenstein Souveränität oder volle Souveränität besitzt. Nach derjenigen Meinung, welche die Souveränität als ein begriffliches Merkmal

jedes Staates auffasst, würde man hiemit Liechtenstein die Eigenschaft als Staat absprechen. Nach der entgegengesetzten Meinung würde ein nicht souveränes Liechtenstein zwar Staat bleiben, jedoch in eine tiefere Stufe von Staaten herabgedrückt werden.

Bei Beurteilung der Frage fällt ins Gewicht, dass Liechtenstein mit Auflösung des alten deutschen Reiches und bis in die neueste Zeit ausdrücklich und förmlich als ein souveräner Staat bezeichnet worden ist. Wenn die Unrichtigkeit dieser allseitigen Bezeichnung, etwa ihr Widerspruch mit dem Begriffe der Souveränität, behauptet werden will, so muss für diese Behauptung der Beweis erbracht werden. Wichtige Zeugnisse für jene allgemeine Bezeichnung sind bekanntlich aus den Zeiten des Rheinbundes, zu welchem der Fürst von Liechtenstein gehörte, Art. 4 der Akte vom 12. Juli 1806, wo besagt wird, dass jeder der Verbündeten "la plénitude de la souveraineté" geniessen soll (vgl. Art. 17 ff.), das Schreiben Napoleons an die Reichsversammlung vom 1. August 1806, in dem er erklärt "die volle und absolute Souveränität jedes der Fürsten, deren Staaten heute Deutschland bilden" anzuerkennen u. s. w. (Klüber, Staatsrecht des Rheinbundes Seite 103); aus den Zeiten des Deutschen Bundes die Bundesakte vom 8. Juni 1815, Eingang und Art. 1, wo sich "die souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands" zum Bunde vereinigen, der dem Art. 1 entsprechenden Art. 53 der Wiener Kongressakte, Art. 1 und 2 (vgl. Art. 57) der Wiener Schlussakte vom 15. Mai 1820. In neuester Zeit haben die Verhandlungen des Völkerbundes über die Aufnahme Liechtensteins zu einer Anerkennung seiner Souveränität durch jene Gesamtheit von Staaten geführt, die den Völkerbund bil-

den. Die Aufnahme wurde von der Völkerbundsversammlung abgelehnt, gemäss einem Berichte der betreffenden Kommission, der hiefür geltend machte, dass Liechtenstein "nicht in der Lage zu sein scheine, alle von dem (Völkerbunds)-Vertrage auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen". Zugleich aber nahm die Versammlung "aus Anlass des von der ..... (fürstlichen) Regierung gestellten Begehrens um Aufnahme" eine Resolution an, in der einerseits die Rücksicht auf die Kleinheit des Landes als das bestimmende Moment des Entschlusses, andererseits eine Anerkennung seiner Souveränität zum Ausdrucke kommt: "Die Versammlung spricht den Wunsch aus, dass die Spezialkommission, die von dem Völkerbundsrate bestimmt werden wird, die Vorschläge betreffend die Modifikationen des Vertrages zu prüfen, prüfen wolle, ob und wie es möglich wäre, souveräne Staaten, die mit Rücksicht auf ihre Kleinheit nicht als ordentliche Mitglieder zugelassen werden können, an den Völkerbund anzuschliessen". In dem Berichte der Kommission heisst es, man könne nicht in Zweifel ziehen, dass im Rechtssinne das Fürstentum Liechtenstein ein souveräner Staat sei (s. den Bericht der Kommission vom 6. Dezember 1920 und die Zuschrift an den Fürsten vom 20. Dezember 1920).

Seit altersher wird die Souveränität der Staatsgewalt (oder auch der Gewalt derjenigen Organe, die in den einzelnen Staaten Träger der Staatsgewalt sind), dahin verstanden, dass diese Gewalt die rechtlich höchste und, was damit zusammenfällt, von jeder anderen Gewalt unabhängig ist. Diese Souveränität drückt sich nach aussen in den Völkerrechtssätzen aus, die auf ihre Achtung gerichtet sind, und, über das Völkerrecht hinaus, doch auch auf Grund der rechtlichen Qualifikation, in einem beson-

deren sozialen Verhalten anderer Staaten, wie es der
überragenden Stellung und der Ehre einer souveränen Gewalt
entspricht. Ob irgend einem Gemeinwesen die Souveränität
zukommt, bestimmt sich nach Rechtssätzen, ist sie ihm
rechtlich zuerkannt, so genießt es sie. Wenn man manchmal,
neben der Souveränität dem Rechte nach, von einer fakti-
schen Unabhängigkeit spricht, die dem souveränen Staate
zukommen soll, und daher etwa ganz kleinen Staaten die
Souveränität absprechen möchte, so berührt man eine hete-
rogene Frage, die mit dem bisher erörterten Begriffe der
Souveränität nichts zu tun hat. Sicher ist ein schwacher
Staat oft tatsächlich nicht in der Lage, sein Recht mit
Gewalt zu schützen, er wird auch vielleicht weniger Rechte
erwerben können, mitunter sogar begründeterweise im Rechts-
erwerbe, namentlich inbezug auf seine Stellung in den gros-
sen internationalen Organisationen, hinter den grösseren
und mächtigeren Staaten hintangesetzt werden; er wird in-
sofern beim Rechtsgenusse und Rechtserwerbe faktisch von
dem guten Willen der anderen Staaten besonders abhängen.
Das sind tatsächliche Nachteile, die übrigens vielleicht
durch gewisse tatsächliche Vorteile wieder aufgewogen wer-
den. Aber keinesfalls ändert sich durch diese je nach der
individuellen Beschaffenheit des einzelnen Staates sehr
abgestuften Momente seine Souveränität. Das Mehr oder Min-
der von einzelnen Rechten bestimmt nicht die Qualität des
Staates und ~~das~~ tatsächliche Umsetzen des Berechtigten,
sein Recht durchzusetzen, berührt nicht sein Recht selbst.
Es gehört vielmehr zum Wesen der Rechtsordnung, dass das
Recht trotz dieser faktischen Ohnmacht geachtet werden
soll. Wilson sagt in seiner Botschaft vom 23. Jänner 1917
" die Gleichheit der Nationen, auf die der Frieden, wenn er
dauerhaft sein soll, gegründet sein muss, muss die Gleich-

heit der Rechte sein. Die gegenseitigen Bürgschaften dürfen keinen Unterschied zwischen den kleinen, den mächtigen und den schwachen Völkern weder ausdrücklich anerkennen, noch stillschweigend in sich begreifen". (Purlitz, Der europäische Krieg VI. 1, Seite 203).

Gegen jene rechtliche Souveränität Liechtensteins können aber keinerlei genügende Gründe vorgebracht werden.

Es hat keine Bedeutung, dass Liechtenstein vertragsgemäss die Ausübung von verwaltungsbefugnissen in seinem Bereiche in gewissem Umfange Oesterreich übertragen hat. Mittelst und auf Grund solcher verträge trat Liechtenstein 1842 in den österreichischen Zollverband ein, wurde der Post-Telegraphen- und Telephondienst im Fürstentume von der österreichischen Postverwaltung geführt und bildet ein österreichisches gericht die oberste Instanz für das Fürstentum. Aus Gründen praktischer Angemessenheit kommt aber die vertragsmässige Ueberlassung von solchen Verwaltungsangelegenheiten an andere Staaten immer vor, ohne dass darin eine Beeinträchtigung der Souveränität erkannt wird; so der betrieb von Eisenbahnen auf fremden Grenzstrecken mit daran sich schliessenden öffentlichrechtlichen Befugnissen oder die Ausübung der Polizei auf hoher See gegen die Schiffe der anderen Staaten, wenn dies wegen gewisser Delikte notwendig wird. Kleine Staaten sind nach der Natur der Sache im besonderen Masse und Umfange veranlasst, solche Hilfe der anderen Staaten in Anspruch zu nehmen, aber es handelt sich immer bloss um völkerrechtliche Bindung nach den allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen über Staatsverträge, es wird keine höhere Autorität anerkannt, der sich der Verpflichtete unterwirft. Die erwähnten Verträge Liechtensteins (s. zuletzt vor dem Zusammenbruche der österreichisch-ungarischen Mo-

narchie den vertrag vom 3. Dezember 1876, öst. R. G. Bl. No. 143 Art. 28, uebereinkommen vom 4. Oktober 1911 i. L. G. Bl. No. 4, Art. 11, Vertrag vom 19. Jänner 1884, öst. R. G. Bl. No. 124, Art 4) waren auch binnen nicht langen Fristen kündbar. Eine Unterwerfung eines Staates unter den anderen auf Zeit, auf Kündigung, sodass der andere Staat auf dem unterworfenen Gebiete die Staatsgewalt wieder verlieren kann, wieder aufhören soll, dort Staat zu sein, widerspräche aber der Natur des Staates, der auf die Dauer, für die "Ewigkeit", bestimmt ist. In der Tat ist derzeit der Zollverband mit Oesterreich durch Kündigung Liechtensteins erloschen, das Land bildet zur Zeit ein selbstständiges Zollgebiet und die Besorgung des Telegraphen- und Telephondienstes im Fürstentume wurde mit uebereinkommen vom 10. November 1920 auf die Schweiz übertragen.

Am ehesten könnte noch beanständet werden, dass in gewissem Umfange die vertretung der liechtensteinischen Angelegenheiten im Auslande von Oesterreich-Ungarn übernommen wurde, da das Recht der Vertretung nach aussen kennzeichnend für das Protektorat ist und protegierte Staaten oft zu den "halbsouveränen" Staaten gezählt werden. Es kann hier der sehr zweifelhafte Begriff der "Halbsouveränität" bei Seite gelassen werden und ebenso die Frage, ob die protegierten Staaten mit den anderen, die man als halbsouverän bezeichnet, in eine Linie gestellt werden dürfen. Aber zwischen Liechtenstein und Oesterreich-Ungarn bestand überhaupt kein Protektoratsverhältnis und diese Meinung ist offenbar die allgemeine, da man Liechtenstein bei Aufzählung aller protegierten oder halbsouveränen Staaten nicht anführt (s. z. B. Bonfils - Fauchille, Droit international public² No. 177 ff., Boghitchevitch, Halbsouveränität Seite 1 ff.). Die (in einer Abschrift des

Entwurfes mir vorliegende) Note des Est.-ung. Ministeriums des Aeusseren an den fürstlichen Vertreter vom 24. Oktober 1880 besagt, dass den k.u.k. Missionen in Auslande die erforderlichen Instruktionen erteilt werden, damit seitens derselben einerseits dem regierenden Fürsten und seinen Familienangehörigen "bei deren Verweilen in Auslande die ihrer Stellung angemessenen Rücksichten und eventuell der förderlichste Schutz und Beistand entgegengebracht, andererseits die Vertretung der Angehörigen des Fürstentums Liechtenstein im Auslande, wo dieselben keine eigene Vertretung haben, ... übernommen werden".

Die Zirkularnote des Ministeriums des Aeusseren an die einzelnen Missionen vom 24. Oktober 1880 (bei Neumann et Plasson Recueil, Nouvelle suite XI.S. 950 f.) geht sodann davon aus, dass der Fürst das Anliegen vorgebracht habe, dass die Vertretung seiner Angelegenheiten so wie jener seiner Familienmitglieder, welche liechtensteinische Landesangehörige sind, und seiner Untertanen im Auslande durch die k.u.k. Missionen übernommen werden möchten. " Die Erwägung dieses ..... Begehrens führte zur Ueberzeugung, dass dessen Gewährung einem Bedenken nicht unterliegen könne. Die k.u.k. Regierung hat sich schon wiederholt der Aufgabe unterzogen, die Interessen anderer Staaten und ihrer Angehörigen dort, wo dieselben keine eigene Vertretung hatten, zu wahren. Sie ist umso mehr in dem Falle, dies in Ansehung des Fürstentums Liechtenstein zu tun " (im Hinblick auf den Zolleinigungsvertrag und eine Erklärung des Fürsten in Ansehung der Auslagen der Vertretung und der von den Staatsangehörigen zu leistenden Gebühren). Es handelt sich also nur um eine jederzeit rücknehmbare Vertretung derselben Art, wie sie oft im Interesse des in solcher Weise unterstützten Staates bei Mangel einer eige-

nen Vertretung ohne Beanspruchung irgend eines Rechts ge-
währt wird. Seither hat sich die Schweiz, ebenfalls auf
Ansuchen Liechtensteins mit Note vom 24. Oktober 1919 be-
reit erklärt, die Vertretung der liechtensteinischen In-
teressen in den Ländern zu übernehmen, wo sie einen Ver-
treter hat und das Fürstentum keinen besitzt, also eben-
falls nur bei Mangel einer eigenen liechtensteinischen
Vertretung. Diese Übernahme der Vertretung ist durchge-
führt worden. Von liechtensteinischer Seite wurde noch mit
Note vom 10. März 1920 ausdrücklich betont, dass dies unbe-
schadet der Souveränität des Fürstentumes stattfinden soll
und vorbehaltlich des Rechtes des Fürsten, eigene Vertre-
tungen zu ernennen, wenn er es für angemessen hält.

Zur Zeit ist in Bern und Wien ein liechtenstei-
nischer Gesandter akkreditiert. Staatsverträge hat Oester-
reich oder Oesterreich-Ungarn öfters zugleich in Vertre-
tung Liechtensteins abgeschlossen. Andererseits sind aber
auch Verträge von Liechtenstein direkt abgeschlossen wor-
den; so, abgesehen von den Verträgen mit Oesterreich oder
Oesterreich-Ungarn und neben verschiedenen Verträgen aus
älterer Zeit, in den letzten Jahrzehnten vor dem Zusammen-
bruche der Monarchie, mit der Schweiz der Niederlassungs-
vertrag vom 6. Juli 1874 (Martens L.R.G. ²⁰⁰ série II. Seite
72 ff.) und der Vertrag vom 1. Juli 1885 wegen gegenseitiger
Zulassung der Ärzte und sonstiger Medicinalpersonen
(eb. XIV. S. 341 ff.). In dem Sanitätsübereinkommen zwischen
Oesterreich-Ungarn und der Schweiz vom 20. März 1896 wird
von den vertragschliessenden Teilen Liechtenstein der Bei-
tritt vorbehalten, der auch erfolgte (L.G. Bl. No. 6).

Der Nichtbestand eines Protektoratsverhältnisses
steht sonach ausser Frage.

II.

Wenn Liechtenstein ein souveräner Staat ist, so ist der regierende Fürst von Liechtenstein souverän. Die Souveränität des Monarchen besteht darin, dass er das höchste unmittelbare Organ, Träger der souveränen Staatsgewalt seines Staates ist.

Mit dieser Rechtsstellung des Fürsten ist aber ein persönliches Untertanenverhältnis gegenüber einem anderen Staate, wie insbesondere gegenüber dem österreichischen Staate, nicht vereinbar; dieselbe Person auf der einen Seite als fremden Souverän, auf der anderen Seite als Staatsbürger unseres Staates aufzufassen, bildet keinen inneren Widerspruch. Es ist das Wesen der Staatsbürgerschaft, dass der Staatsbürger seinem Heimatstaate allgemeinen Gehorsam schuldet und wir können daher nicht eine Person zugleich als unseren Staatsbürger und zugleich als Träger einer fremden Staatsgewalt auffassen, für die er und in welcher Eigenschaft er uns nicht unterworfen sein kann. In einzelnen Beziehungen mag er als Privater unserer Gewalt unterstehen, und zwar, wie sonst ein Fremder, abgesehen von besonderen völkerrechtlichen Privilegien. Aber er kann nicht zugleich unser Staatsbürger, im vollen allgemeinen Sinne ein Glied unseres Staates, sein. Die Möglichkeit der sogenannten doppelten Staatsbürgerschaft bei anderen Personen steht dem nicht entgegen. Denn bei dieser doppelten Staatsbürgerschaft übt jeder der beiden Staaten gegen die betreffende Person wirklich die Fülle seiner Staatsgewalt, ohne Rücksicht auf den anderen Staat aus, wie gegen einen sonstigen Untertanen. Das Zugeständnis, dass die betreffende Person auch die Staatsbürgerschaft

des anderen Staates hat, bedeutet bloss negativ, dass er nicht völkerrechtlich gegenüber diesem anderen Staate eine ausschliessende Gewalt über sie in Anspruch nehmen kann, vielmehr zugeben muss, dass der andere Staat in gleicher Weise gegen sie verfähre. Aber die Herrscherstellung eines fremden Souveräns muss von uns so anerkannt werden, wie die seines Staates selbst; wir müssen anerkennen, dass er die Staatsgewalt unabhängig auszuüben berufen ist, und uns danach benehmen, so daher, dass er von uns nicht wie ein Untertan beherrscht werden darf.

Im Anschluss an ein englisches Urteil (s. Phillimore International law³ II § 109, Westlake Private international law⁴, § 191) ist das nach dem eben gesagten widerspruchsvolle Verhältnis, dass ein Souverän zugleich Untertan eines anderen Staates sein könne, öfters angeführt worden. Jenes Urteil des englischen Kanzleigerichtshofes von 1844 wies zwar eine Klage gegen den König von Hannover ab, nahm aber an, dass er als englischer Untertan vor englischen Gerichten geklagt werden könnte, wenn er nicht als König von Hannover oder in seinem Charakter als souveräner Fürst gehandelt, sondern die Sache irgend welche Akte und Transaktionen betroffen hätte, "die von ihm vorgenommen wurden oder in denen er engagiert sein mochte als ein solcher Untertan. Inbezug auf jeden Akt, den er ausserhalb des Königreiches vornahm oder bezüglich dessen es zweifelhaft sein könnte, ob er seinem Charakter als souveräner Fürst oder dem Charakter eines Untertans beigelegt werden sollte, wäre zu präsumieren, dass er eher dem Charakter eines souveränen Fürsten beizulegen sei, als dem Charakter eines Untertans".--Dieses Urteil, zu dem sich das Haus der Lords in analoger, jedoch minder bestimmten

Weise ausserte, beruht aber auf der älteren spezifisch englischen Doktrine, dass die englische Untertanschaft, abgesehen von einer Mitwirkung der Legislative, nicht aufgegeben werden könne. Nemo potest exuere patriam. Im Sinne dieser Doktrin konnte daher auch ein englischer Untertan durch Annahme einer fremden Krone die englische Untertanschaft nicht aufgeben, die souveräne Gewalt eines Engländers über ein fremdes Land konnte nicht nach ihrem vollen Inhalte anerkannt werden und es mochten sich dann kompliziertere Unterscheidungen von der Art ergeben, wie sie in dem angeführten Urteile enthalten sind. Vielleicht ist der erörterte Rechtsatz noch nicht einmal durch die englische Naturalisationsakte von 1870 ganz aufgehoben, aber Westlake ist allerdings der Ansicht, dass in der Annahme eines fremden Throns durch einen Engländer jene freiwillige Naturalisation in dem fremden Staate liege, wodurch jetzt auch Engländer gemäss dieser Akte die englische Staatsbürgerschaft verlieren.

Auf dem Boden des in Betracht kommenden österreichischen Rechts ist aber von einer solchen Doktrin nicht die Rede. Die Anerkennung des Fürsten von Liechtenstein als Souverän eines anderen Staates ist ohne allen Vorbehalt erfolgt und musste notwendigerweise eine österreichische Staatsbürgerschaft ausschliessen. So ist denn auch tatsächlich der regierende Fürst nicht als österreichischer Staatsbürger angesehen worden.

Die Argumentationen, welche jetzt dagegen versucht werden sind, bewegen sich vernehmlich um seine Stellung als Mitglied des österreichischen Herrenhauses. Dass der Familienvertrag vom 1. August 1842 der Genehmigung durch das österreichische Gesetz vom 12. Jänner 1883 (öst. R. G. Bl. No. 15) unterstellt wurde, hat keinerlei Be-

deutung. Der vertrag enthält Bestimmungen über solche Rechtsverhältnisse, die ungeachtet der Stellung des Fürsten als Ausländer dem österreichischen Rechte unterliegen oder bei denen man doch an die Beurteilung nach österreichischen Rechte denken konnte. Es mochte daher mindestens vorsichtig erscheinen, diese Bestimmungen und den vertrag durch die österreichische Gesetzgebung zu sanktionieren; so die Bestimmungen über eine besondere Succession in gewisse Kapitalien, die in Oesterreich aushafteten, und die Bestimmungen, wodurch dem Allodialerben, dessen Erbrecht, soweit es sich um österreichische Immobilien handelt, dem österreichischen Rechte untersteht, Pflichten und Lasten auferlegt werden.

Ob die erbliche Mitgliedschaft des Herrenhauses die österreichische Staatsbürgerschaft voraussetzte, ist streitig. In der Praxis hat man allgemein auch Ausländer als erbliche Herrenhausmitglieder behandelt (so abgesehen von den Mitgliedern des fürstlichen Hauses Liechtenstein den Fürsten Fugger-Babenhausen, den Herzog von Beaufort-Spontin, den Prinzen von Schaumburg-Lippe), sowie auch der Fürstbischof von Breslau ohne Rücksicht auf seine Staatsbürgerschaft als Herrenhausmitglied anerkannt wurde. Auch das österreichische Reichsgericht hat in der Entscheidung vom 11. Mai 1874 (Sammlung Hye II. No. 55) diesen Standpunkt eingenommen, während allerdings die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 19. März 1907 (Sammlung Budwinski No. 5065 A) aus den alstald zu besprechenden Gründen mindestens zu dem Ergebnis kam, dass die Statthalterei in der Eigenschaft einer Person als Mitglied des Herrenhauses eine "so massgebende Bescheinigung des Bestandes der österreichischen Staatsbürgerschaft erblicken (durfte),

dass sie ihre Entscheidung (Über ein Wahlrecht) auf den Tatbestand des Besitzes der österreichischen Staatsbürgerschaft ..... zu stützen berechtigt war und von der Vornahme weiterer Erhebungen sich als enthoben erachten konnte".

Massgeblich ist der bekannte Wortlaut des § 3 des Staatsgrundgesetzes vom 21. September 1867 R.G.Bl.No. 141, wonach die zweite Kategorie der Herrenhausmitglieder (nach den Prinzen des kaiserlichen Hauses), die der erblichen Herrenhausmitglieder, von den "grossjährigen Häuption jener inländischer Adelsgeschlechter (gebildet wird), welche in den durch den Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern durch ausgedehnten Grundbesitz hervorrangen und welchen der Kaiser die erbliche Reichsratswürde verleiht". Staatsbürgerschaft wird hier dem Wortlaut nach nicht verlangt, gerade sowenig als bei der dritten Kategorie, den Kirchenfürsten. Dass darin Absicht lag, dass an diese Frage gedacht wurde, ist aus dem Gesetze selbst zu folgern. Bei der nachfolgenden vierten Kategorie wird die Staatsbürgerschaft verlangt: Zu lebenslänglichen Mitgliedern sollen "aus den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern" ausgezeichnete Männer berufen werden u.s.w." Dass die Frage bei den erblichen Herrenhausmitgliedern übersehen wurde, ist daher gewiss nicht anzunehmen; ohnehin erscheinen bei ihnen zwei Beziehungen zum Inlande, es muss sich um ein inländisches Adelsgeschlecht handeln, der Grundbesitz muss im Inlande liegen; aber die nächstliegende Beziehung, die der Staatsbürgerschaft, wird nicht angeführt. Auch das Verhältnis des Gesetzes zu dem Grundgesetze über die Reichsvertretung nach dem Februarpatente von 1861 führt zu diesem Schlusse. In diesem Gesetze fehlt bei den erblichen Mit-

gliedern die Bedingung, dass der ausgedehnte Gutsbesitz ihres Geschlechtes in den durch den Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern liegen muss, und fehlt bei den lebenslanglichen Mitgliedern auch die Bedingung, dass die ausgezeichneten Männer aus den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern sein müssen. Obwohl also 1867 bei dem neuen Gesetze die Beziehungen zum Inlande nach allen Richtungen neu durchdacht wurden, wurde die österreichische Staatsbürgerschaft bei den erblichen Herrenhausmitgliedern nicht verlangt. - Was man im entgegengesetzten Sinne angeführt hat, erscheint dagegen unmassgeblich. Dass Art. 3 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867 R.G. Bl. No. 142 den Eintritt in die öffentlichen Aemter für Ausländer von der Erwerbung des österreichischen Staatsbürgerrechtes abhängig macht, gehört nicht hieher, da die Mitgliedschaft des Herrenhauses kein Amt ist. Wenn der Verwaltungsgerichtshof darauf hinweist, dass das Oktoberdiplom mit "bohufs einer zweckmässigen geregelten Teilnahm~~nahme~~ unserer Untertanen an der Gesetzgebung und "Verwaltung" erlassen wird und das Februarpatent davon spricht, dass durch die Verfassungen "die Vertretungen unserer Völker gegliedert, auch ihre Teilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung geordnet ist", so vertragen sich diese prinzipiellen Erklärungen durchaus damit, dass in der einen oder anderen Beziehung aus besonderen Gründen auch Ausländer zur Teilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung berufen werden.

Auch das Gelübnis der Treue und des Gehorsams gegen den Kaiser, der Beobachtung der Gesetze und der Erfüllung der Pflichten, welches die Mitglieder des Reichsrates nach § 1 der Gesetze über die Geschäftsordnung vom

31. Juli 1861 R.G.Bl.No.78, vom 15. Mai 1868 R.G.Bl.No.42 und vom 12. Mai 1873 R.G.Bl.No.94 abzulegen hatten, macht denjenigen, der es ablegt, nicht zum Staatsbürger. Trotz einer allgemeinen Fassung handelt es sich selbstverständlich nicht um jeden beliebigen Gehorsam, sondern um den im Rechte begründeten Gehorsam, wie er sich bei Reichsratsmitgliedern z.B. bei der Vertagung und dem Schlusse einer Session äussern mochte. Eine Aenderung der Staatsbürgerschaft tritt durch ein solches Gelöbniß ebensowenig ein, wie z.B. die Organe des Post-Telegraphen- und Telephondienstes in Liechtenstein, welche österreichische Staatsbürger waren und, nach Art 5 des Uebereinkommens über diesen Dienst vom 22. Oktober 1911 und nach Art 4 des späteren Uebereinkommens mit der Republik, für die Zeit ihrer Dienstleistung in Liechtenstein dem regierenden Fürsten Gehorsam und Treue anzugeloben hatten, dadurch zu Liechtensteinern wurden.